

PVS-Vertrauenskrise: Auch Post und AHV befassen sich mit Ausstieg

Zähes Ringen Die Mitarbeiter der Post sammeln Unterschriften und bei der AHV wird abgestimmt: Die Hoffnung der Mitarbeiter auf eine schnelle Lösung in Sachen PVS ist erschüttert. Die Regierung müht sich derweil um sachliche Aufklärung.

VON HOLGER FRANKE

Regierungschef Adrian Hasler wird nicht müde zu betonen, wie sehr die Zeit in Sachen staatlicher Pensionskasse (PVS) drängt: «Es freut mich, dass der Landtag die hohe Dringlichkeit der Vorlage erkannt und entsprechend die von der Regierung aufgezeigte Lösung unterstützt hat», hatte Hasler noch zuletzt im «Volksblatt»-Interview vom vergangenen Donnerstag gesagt.

Tatsächlich steigt der Druck im Kessel täglich - nicht nur auf der finanziellen Seite, sondern auch auf der menschlichen Seite. Man mag es den betroffenen Mitarbeitern des Staatspersonals nicht verdenken - schliesslich geht es um ihre Altersvorsorge. Den Mitarbeitern der Post AG schreitet der politische Prozess aber offenbar nicht schnell genug voran: Sie sammeln intern Unterschriften für einen Austritt aus der PVS. Herbert Rüdiger, Vorsitzender der Geschäftsleitung der Post AG, bestätigte gestern entsprechende «Volksblatt»-Recherchen. «Das Vertrauen in die PVS schwindet, es bestehen Sorgen um die Pensionen und um die Höhe der Beiträge. Natürlich nehmen wir diese Stimmen ernst. Das müssen wir auch als Unternehmen. Die Mitarbeiter wollen ein Zeichen setzen und wünschen sich eine schnelle Lösung.» Die Post stehe in dieser Angelegenheit in engem Dialog mit der Regierung und habe bereits darüber informiert, dass sich das Unternehmen mit Alternativen befasst. «Die Post AG hat auch eine Verantwortung gegenüber ihren Mitarbeitern. Vor diesem Hintergrund suchen wir die besten Optionen. Das ist grundsätzlich unsere Einstellung», so Rüdiger.

AHV-Belegschaft stimmt ab

Auch bei der AHV bestehen offenbar grössere Unsicherheiten in der Be-



In den vergangenen Tagen hat Regierungschef Adrian Hasler viel Aufklärungsarbeit geleistet. Doch bei vielen Staatsbediensteten bestehen noch immer Unsicherheiten, wie aktuell die Beispiele Post und AHV zeigen. (Foto: IKR/Risch)

legschaft. Auf Anfrage bestätigte AHV-Direktor Walter Kaufmann gestern entsprechende «Volksblatt»-Informationen: «Ein Austritt aus der PVS muss nicht zwangsläufig erfolgen. Allerdings sieht die neue Gesetzgebung vor, dass jeder angeschlossene Betrieb einen eigenen Vorsorgeplan entwickelt. Das haben wir auch gemacht.» Die gewählte Personalvertretung habe diesen Plan bereits am vergangenen Mittwoch der Belegschaft vorgestellt, die darüber in einer Abstimmung befindet. Sollte die Belegschaft zustimmen, hätte das letzte Wort der Verwaltungsrat. Stimmt auch dieser zu, wäre der Weg frei, um von anderen Pensionskassen Offerten einzuholen. «Unserer Ansicht nach sollte der Plan zum 1. Januar 2014 umgesetzt werden - das kann die PVS vermut-

lich nicht leisten», kommentiert Kaufmann. Aus seiner Sicht sei die PVS derzeit in einem nicht berechenbaren politischen Prozess eingebunden. Und Zeit ist bekanntlich Geld. «Zuwarten bewährt sich meines Erachtens nicht - es wird nicht billiger», so Kaufmann.

Regierung kämpft um Vertrauen

Regierungschef Adrian Hasler informierte in den vergangenen beiden Tagen die der PVS angeschlossenen Unternehmen über das letzte Woche vom Landtag verabschiedete Gesetz. Wie es in einer Aussendung der Regierung heisst, hatten die Teilnehmer in den beiden sehr offenen und transparenten Gesprächsrunden die Gelegenheit, sämtliche Fragen rund um die neue Lösung zu klären, alles über die verabschiedeten rechtli-

chen Rahmenbedingungen und den geplanten Aufbau der neuen Vorsorgeeinrichtung zu erfahren. «Diese Veranstaltungen waren wichtig, um Unklarheiten zu beseitigen und im aktiven Dialog von den betroffenen Institutionen ein Feedback zu erhalten», wird Regierungschef Adrian Hasler in der Aussendung zitiert. In das neue Gesetz über die betriebliche Vorsorge für das Staatspersonal sind zahlreiche Vorschläge von Experten sowie den Mitgliedern des Landtags eingeflossen. Regierungschef Adrian Hasler sei überzeugt, dass der Vorschlag in Summe nun für alle Betroffenen ausgewogen und tragbar ist. «Es ist wichtig, bei den angeschlossenen Institutionen und Versicherten verlorenes Vertrauen in die neue Stiftung zu schaffen», so Hasler.